

Luzerner Tagblatt

Dreisinniges Organ

Hauptanzeigebblatt für Stadt und Kanton Luzern und die übrige Centralschweiz

Siebenundvierzigster Jahrgang

Abonnementpreise:

Durch die Post bezogen	Fr. 3.40	Fr. 6.40	Fr. 12.80
Für Luzern zum Bringen	3. —	6. —	12. —
„ „ „ „	2.50	5. —	10. —

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage.

Insertionspreise:

Die einseitige Zeile für vier Wochen:

1. Linie	10 Cts.
2. Linie	8 Cts.
3. Linie	6 Cts.
4. Linie	4 Cts.

Preis der Retraite-Beile (Post-Beile) 50 Cts.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. H. ... Druckerei: ...

Die heutige Nummer enthält 12 Seiten.

Inhalt des zweiten Blattes: Das Versicherungswesen. — Heilwörter: „Anni Brella.“

Vor Hundert Jahren. 14. Februar.

Ein Schreiben Menges aus Bern gibt dem vorliegenden Heft Stoff zu ernstlicher Betrachtung. Es nimmt mit dem an Luzern (und an Zürich) erlassenen überaus und verständig fälligen der französischen Truppen, sobald eine neue, auf Freiheit und Gleichheit gegründete Verfassung erlassen ist. Der Republikanische Ausschuss beruht in einem Schreiben an seine Regierung, es sei Bern nicht zu veranlassen, wenn es keine große „Annie“ für die Einleitung zur Verfassungsänderung und keine besondere Reue auch nur für die kürzliche „Annie“ der Zukunft habe, da Menges u. a. den Major von Effinger, der Canton, den Adjutanten Bruner, nach Basel begleitete, in Utrecht liegen ließ.

In Berningen (Baslerne) beginnen die Unterhandlungen der bernischen Deputation mit dem General Bruner. Dieser erklärt, die Hauptbedingung für einen Ausgleich mit Frankreich bestehe in der Errichtung einer „einen und unteilbaren“ bernischen Republik, und dafür habe ihm das Direktorium den Entwurf einer „einen und unteilbaren“ bernischen Republik überlassen, von der er eine ziemlich Anzahl Exemplare in Händen habe. Zwar habe Bern am 8. Februar eine Resolution verabschiedet, aber dieser ist die Vollziehung der Schlussnahme weit hinausgeschoben, und andererseits habe das Defret sich nicht die Behauptung, wie diejenigen anderer Städte, und in verschiedener Auslegung fällig.

In Gossau habe eine Landgemeinde der sogenannten Landchaft des Sittes St. Gallen statt, um über die künftige Verfassung und Regierungsform zu beraten, nachdem der Fürst und der Konvent „freiwillig“ auf die Souveränitätsrechte verzichtet haben. Die Regierungsgewalt liegt vorläufig in den Händen des Kantonsrats.

14. Februar.

Die Note, welche die Berner Deputierten dem General Bruner überreichen, beruht sich darauf, dass eine neue Verfassung in Aussicht genommen sei, und wobei ein einseitiger Verzicht der Canton auf eine heillosen Konstitution zurück. Sie erwarten, indem sie Frankreich oder Frankreich verweigert, Rückzug der französischen Truppen und verständig bezeugen die bernischen Truppen und Einleitung der eidgenössischen Verfassung. Dem Kantonsrat habe der Ausschuss an Bern auf Grund der Wichtigkeit freil.

Bruner äußert die Hoffnung, Bern innert 14 Tagen eine Antwort und Gegenwort zu liefern zu können; inzwischen soll nicht fernbleiben, es folgen, als die Wallenstraße sein.

Der Republikanische Ausschuss bemerkt dazu: was Menges mit „empfindlicher Grobheit“ andeutet, wolle Bruner mit „Anstand und Höflichkeit“ sobald als möglich erwidern, nämlich: „unsere Unabhängigkeit zu gewinnen und uns durch eine spätere Zeit an das Interesse der französischen Republik anzuschließen.“

Bei mir besteht eine vollkommen klare, feste Ueberzeugung, dahin gehend, dass die Erwerbung der fünf Hauptbahnen in der Hand der Eidgenossenschaft und die Einheit eines staatlichen Vertriebes und der Verwaltungen in hohem Grade im bringlichsten Interesse des Landes liegen. (Aus der Rede Jemp.)

Der eidgenössische Gedanke.

Die Vertreter des Völkchens haben sich schon längst darüber gemindert, was jenes Leben die Argumente der Gegner haben. Die letzteren geben sich auch keine besondere Mühe mehr; sie wiederholen einfach hundert mal Gefagtes und Wiederholtes. So liest man z. B. heute wieder im „Wd.“, es sei nicht mit der Annahme in den Nachbarländern!

Was diese Politik der Volkabstimmung ist die gute Presse seit langem eingeräumt; schon in Erlebenszeiten wird dem Volke das Leben „schlechter“ Zeitungen als „Verstoß gegen das Naturgesetz“ bezeichnet und es an einseitige Kritik gewandt

Jetzt braucht man ihm bloß die Argumente der Anhänger einer Verträge zu verschweigen, diese selber zu verwerben und die Verschönerungen verantwortlicher Magistrats als blauen Dunst zu behandeln, und die Meinung des korrekten Referendumsführers ist fertig. So wissen z. B. die Leser des „Wd.“ zur Stunde noch nicht und werden es auch nie erfahren, dass die Schweizer Bahnen viel höhere Zinsen haben als diejenigen der Nachbarländer. Dafür wird ihnen eine bauernfängerische Weisheit serviert, worin gesagt wird, die Bauern müssten noch froh sein, wenn die Tarife nicht erhöht werden!

Warum diese verwegene Ueberei von der Wahrheit, warum die Behauptung „grundfalscher“ Anhänger um wichtiger Differenzen willen?

Einsach deswegen, weil eine Stärkung des Bundes beabsichtigt wird.

Zwar stimmt die Ansicht zu den Behauptungen vom reinen Geschäft, der Schuldlos, der Unabhängigkeit, die gleichzeitig vorgebracht werden. Aber die verschiedenen und widersprechenden Gründe haben sich bis jetzt in den Spalten der rückwärtsweislichen Organe vortrefflich miteinander vertragen. Man bürstet Sorge um die Finanzen des Bundes und jubelt gleichzeitig über den angeblichen Mangel der Konventionen, die vermeintliche Schwächung des Landesvertriebes, wie das Blatt „Dürrenmatt“ und dasjenige des „Bernischen“ in Basel es getan.

Das „Wd.“ behandelt heute die politische Seite der Frage. Dass es eine solche gebe, ist von selbst der Vorkauf zu beweisen. Aber die Bedeutung ist auch entschieden keine parteipolitische. Aber die bloße Möglichkeit, dass der Bund damit an Kraft und Ansehen gewinnen könnte, ist den Gegnern schon Grund genug, die wichtigsten wirtschaftlichen Vorteile preiszugeben.

Übergehen wir den politischen Artikel des „Wd.“ Wir halten uns dabei an die jetztgedruckten Stellen.

Die Eisenbahnenzentralisation sei der kürzeste Weg zum politischen Einheitsstaat. Das soll ein Auspruch Jemp vom Jahre 1888 sein. Vorletzten Sonntag hat Hr. Jemp schlagend nachgewiesen, dass die Zentralisation in der heute vorliegenden Form politisch isoliert erscheinen, und dass die Kantone in Eisenbahnsachen überhaupt unmöglich etwas verlieren können, weil sie nichts zu verlieren haben.

Weiterhin wird gesagt: Mit gleichem Recht könne man Staatsmalereien erwerben und Bundesgebühren erziehen. Davon schließt sich die Schlußwörter Staatssozialismus und Monopolismus u. s. w. Prägen könne und nicht als Minder dienen.

Eine Verderei ist eine industrielle Einrichtung, welche Erzeugt.

Die Eisenbahnen sind Vertriebsanstalten, die nicht erzeugen, sondern den Verkehr erleichtern. Vertragen hat Staatsbahnen, ist aber nicht nach den Grundrissen Webers und Liebhafes eingerichtet und regiert.

Industriemonopole und Staatsregale sind zweierlei. Nach der Meinung des „Wd.“ müsste auch die eidgenössische Post verpackt oder in ausnahmsweise Kantonalposten zerlegt werden. Was könnte es für eine berechtigtere Einrichtung geben als eine eidgenössische Staatsbahn mit ausnahmsweise Generalprivilegien an dem ebenen vielen Nebenben unseres Landes!

Wird dem demokratischen Prinzip juleber soll der „monarchische“ Apparat verworfen werden.

Demokratisch ist es, dass das Schweizer Volk politische Lehren kann. Demokratisch ist es aber keineswegs, dass es zu dem mindesten ebenso wichtigen Eisenbahntarifen nicht zu sagen hat. Dass es sich diese von den Kantonsverwaltungen lassen, und zwar in einer respektablen Höhe, das ist ganz und gar nicht demokratisch. Die Verwirklichung monarchisch zu nennen, ist nahezu abgemacht.

Die Machtbefugnis, die dem Bund aus dem Besitze der Schweizer Bahnen erwachsen soll, wird nicht den Kantonen, sondern fremden Gesellschaften abgenommen.

Ein Föderalismus, der vor einem solchen Festzuwachs des Landes das Kreuz macht, ist mehr als unmöglich. Man kann schließlich den partikularen Standpunkt begreifen, der an der Kantonsherrlichkeit fest hält und sie einem harten Bunde nicht opfern will; aber die Eisenbahnen sind ja nicht das geeignete Gebiet für diese Art von Abenteuern. Hier liegt aber außerdem die Sache anders; dem Bunde sollen Verhältnisse zufließen, die ein wichtiges Gebiet des öffentlichen Lebens beschlagen, heute aber in Privat Händen liegen.

Was soll man von einem solchen „Föderalismus“ denken? Die natürliche Entwicklung der Dinge wird über ihn zur Tagesordnung scheitern.

Schweiz.

— Eisenbahnverstaatlichung. F. Zu den bemerkenswerten Kundgebungen zu Gunsten der Eisenbahnverstaatlichung gehört unzulänglich die impulsive Versammlung, welche Sonntag nachmittag im großen Tonhalle-Saal in Zürich stattfand. Es wurden über 1600 Personen anwesend sein, in Anbetracht des schönen Nachmittags eine ganz stattliche Zahl. Die beiden Referenten, Cramer-Frey und Stössel, lösten ihre Aufgabe in meisterhafter Weise, indem jener die Frage mehr vom wirtschaftlichen, dieser mehr vom rechtlichen und politischen Standpunkt aus beleuchtete. Vor und nach den Vorträgen langte der „Männerchor“ und die „Harmonie“ patriotische Lieder. Schließlich wurde einstimmig und mit Jubel eine Resolution zu Gunsten der Annahme der Eisenbahnverstaatlichung angenommen.

h. Weitere Versammlungen fanden statt in: Horgen (300 Mann, Referent Nat.-Nat. Weller); Nidwilerthal (200, Nat.-Nat. Werdohl); Glarus (300, Nat.-Nat. Gassli); Schwanden (250, Nat.-Nat. Schindler); Mülvi (220, Ständerat Blumer); Linthal (160, G. Scherrer); Niederurnen (120, Rudolf G. Hauert); Olten (800, v. Arg); Basel (600, Wullschlaeger); Schuls (anherberndlich stark besucht, Referent Reg.-Nat. Vital); 4 im Bezirk Baden (Zurgi, Birnendorf, Hochdorf und Würenlos). Überall war die Stimmung eine der Annahme durchaus günstige; in Würenlos allein machte sich einige Opposition geltend.

Von den Versammlungen im Kanton Bern erwähnen wir außer derjenigen in Bern, über die an anderer Stelle referiert wird, die von Herzogenbuchsee, wo 1200 Bürger in der Kirche versammelt waren. Nach Vorträgen von Nat.-Nat. Mojer und Großrat Williet von Wehrst Dürrenmatt und Hirsfelden Zetlerberger gegen die Vorlage wurde mit erdrückendem Mehr die Annahme des Gesetzes beschlossen. Die Stimmung im Kanton Bern ist nach den letzten Berichten entschieden rückwärtswendig.

— Die Weidwörter. Die meisten rückwärtsgekehrten Wähler haben sich durch die bekannte Äußerung Jemp aus dem Konzept bringen lassen und suchen nun Heil in der Anweisung und Verbreitung der von Jemp erdachten erstenfallsen Taktik.

Nicht so Weller Dürrenmatt. Er macht ein klottes Spitzgedicht auf die Judenchaft und bemerkt dazu:

Wo steht der Jude? Klauen's aus, daß die Hochfinanz auf diese ungeduldige Finanzoperation und auf die eidgenössischen Soubretten erpicht ist.

Wird das ein Protest! Darum rühmt die Frankfurter Judenpresse Hr. Jemp mit allen Regiern, so daß man im Lärm kaum mehr recht versteht, ob die Verhältnisse eigentlich „pro Jemp“ oder „pro Cant.“ sprechen.

Was kann an dieser Virtuosität der Demagogie ein gewisses Ästhetisches Wohlgefallen haben, wie etwa an einem gelungenen Wasserstreich, den man belacht und verwirrt.

Zugern. Volkversammlungen. Am Sonntag fanden im Kanton Luzern wieder eine stattliche Reihe von Versammlungen zur Besprechung des Eisenbahnrückkaufgesetzes statt. Mit Rücksicht auf den Raum und um Uebelvermutungen vorzubeugen müssen wir die Berichterstattung möglichst kurz fassen und daher auch die zuzuzugewandten sachbegleitenden Einwendungen, die im übrigen beiläufig verhandelt werden, weglassen.

In Grotzwangen, wo Hr. Dr. Weibel referierte, waren 850 Mann anwesend, in Zell (Referent Hr. Dr. Geipke) 150, in Mollis (Referent Hr. Dr. Kligler) 250. Alle drei Versammlungen sprachen sich für Annahme aus. In Grotzwangen fand auch eine von den Konventionen veranstaltete Versammlung statt, in der Hr. Regierungsrat Gunt dem Publikum einen neuen Popanz vorführte, indem er behauptete, der Kanton Luzern verliere durch die Eisenbahnverstaatlichung an Couponrenten 300,000 Fr. Es nimmt uns wunder, ob ihm einer das geglaubt hat!

In Menzau hielt Hr. Warrer Kottmann in Geiß vor den katholischen Männerverein einen Vortrag über Papst Leo XIII. und empfahl zum Schluß ebenfalls gemäß Verwerfung der Eisenbahnvorlage.

— Mollis. Die Volksoberaufsicht vom Sonntag war sehr stark besucht, trotzdem in Wertheim eine Konkurrenzversammlung tagte. Es waren über 200 Personen anwesend, die einstimmig für den Rückkauf sich aussprachen, nachdem sie das Referat von Hr. Dr. Allinger und die Erörterungen und Ergänzungen durch Hr. Dr. Wüest vernommen hatten. Eine Opposition trat nicht auf; es waren ziemlich viele Konventionen anwesend.

— Etcholzmatz. (Eingel.) Die Volksoberaufsicht zur Besprechung des Eisenbahnrückkaufes war von ca. 300 Wägern besucht. An Stelle des durch Heiserkeit am Referenten verhinderten Hr. Nat.-Nat. Dr. Geller sprachen über die Vorlage die Gebrüder von Etcholzmatz (Dr. Franz Josef Portmann, Johann Portmann und Wacker). An der Diskussion beteiligten sich auch die PP. Gemeindeführer Studer und Gerichtsschreiber Portmann. Mit Einmütigkeit sprach sich die Versammlung für Annahme des Rückkaufes aus. Die Stimmung war eine gehobene.

— Im Land Etcholz, so gar in Doppelchmund und Womoss, geben sich die Gegner des Rückkaufes gefesselt viele Mühen, rückwärtsfreundliche Konventionen zu beschicken. Erste Woche wurden sogar zwei Herren aus dem Regierungsgedäude dorthin geschickt, um gut Wetter zu machen. Wir wissen nicht, ob ihnen etwa da oder dort ein biederer Entleuchter mit der schönen Antwort aufwartete, die zur Zeit des Bauernkriegs ein Namensvetter des einen der Herren, der damalige Landvogt, erhielt.

— Malters. (Korr.) Die vom liberalen Komitee auf Sonntag vormittags 10^u Uhr ins Gasthaus zum „Kloster“ dahier einberufene Versammlung für Besprechung des Bundesgesetzes betreffend die Erwerbung und den Betrieb von Eisenbahnen für Rechnung des Bundes war trotz der unglücklichen Tageszeit sehr gut besucht. Bei 300 Bürgern, sowie überhaupt der geräumigen Saal zu sitzen vermochte, hordeten in lauloser Stille dem über 1^ustündigen, sehr klaren und überzeugenden Referat des Hrn. Nationalrat Degen, Kriens, der die hohe Bedeutung der Gesetzesvorlage namentlich von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus beleuchtete und die verschiedenen, von den Rückkaufgegnern erhobenen Bedenken widerlegte. Er führte namentlich aus, wie dringend geboten es sei, daß die Bahnen jetzt schon und nicht erst dem nächsten Rückkaufstermin erworben werden, weil nämlich dann zufolge dem steigenden Verkehr mit viel höheren Summen geerworben werden müßte, abgesehen davon, daß die Annorthern wieder um 16 Jahre hinausgeschoben und dadurch die Konkurrenzverhältnisse gegenüber dem Ausland verschärfert würden.

Dem Hrn. Referenten wurde durch Wülfli der Dank der Versammlung ausgesprochen.

Unter konnte der vorgedachten Zeit wegen (es war halb 1 Uhr) die Diskussion nicht weiter benutzt werden, da der Hr. Referent auf nachmittags wieder ein Referat im „Emmenbaum“ zugesagt hatte und überdies das Bedürfnis nach Besprechung des Wagens allseitig sich fühlbar machte.

Bestelltem Austrage gemäß wurde zur Abstimmung geschritten und folgten einstimmig und mit Begeisterung Einsichten für die Vorlage beschlossen. Der 100. Festmahl, welche durch ihre Vorträge die Versammlung erfreute, sei an dieser Stelle ebenfalls beiläufig abhandelt.